



**FACT-
SHEET**

Pensionen

DIE FAKTEN:

Österreich verfügt über ein leistungsfähiges, umlagefinanziertes System der Alterssicherung, der klare Schwerpunkt liegt bei der gesetzlichen Alterssicherung. Die gesetzliche Pensionsversicherung hat die Aufgabe, die Finanzierbarkeit einer gerechten, am Lebensstandard orientierten Alterssicherung zu gewährleisten.

Die österreichische Alterssicherung ist auch im demografischen Wandel finanzierbar. Nach den aktuellen Langzeitprognosen wird der öffentliche Pensionsaufwand inklusive des Aufwands für die Beamtenpensionen bis zum Jahr 2060 von derzeit 14,6 Prozent auf 16,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts* (BIP) ansteigen. Bei den erforderlichen Bundesmitteln wird ein Anstieg von 5,7 auf 7,5 Prozent des BIP prognostiziert.

* Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einem Land hergestellt wurden.

WAS ANDERE WOLLEN:

Das gesetzliche Pensionsantrittsalter der Frauen muss schneller an das der Männer angeglichen werden. Der „Missbrauch“ beim Zugang zu Frühpensionen soll beendet werden bzw. müssen – geht es zum Beispiel nach der Jungen Industrie – Abschlüsse deutlich erhöht werden, wenn man zu früh in Pension geht.

Das staatliche Pensionssystem ist auf Dauer nicht finanzierbar, daher muss Privatvorsorge ausgebaut werden oder, wieder nach dem Willen der Industrie, ein Systemwechsel hin zu einem flexibleren und transparenteren, rein beitragsfinanzierten Pensionssystem erfolgen.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Spürbare Sanktionen für Unternehmen, die ältere ArbeitnehmerInnen vor dem Regelpensionsalter kündigen, oder die keine einstellen.
- » Die Arbeitswelt muss alter(n)sgerechter werden.
- » Die Schwerarbeitsregelung muss verbessert werden. Alle körperlichen oder psychisch schwer belastenden Tätigkeiten müssen erfasst werden.
- » Höhere Beiträge für Arbeitgeber, die Schwerarbeit verlangen.
- » Bessere Bewertung von Kindererziehungszeiten, Präsenz- und Zivildienst und von Zeiten der Arbeitslosigkeit.
- » Keine Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters, keine Pensionskürzungen.
- » Keine frühere Angleichung des Frauenpensionsalters an jenes der Männer als derzeit gesetzlich vorgesehen.
- » Keine Verschlechterung der Langzeitversichertenregelung.
- » Keine weitere Förderung der kapitalgedeckten 3. Säule (Privatpensionen) durch Steuermittel.

WARUM FORDERN WIR DAS?

Das staatliche Pensionssystem ist gut, es garantiert als einziges die Alterssicherung. Es muss abgesichert werden und darf nicht länger krank geredet werden.

Dass viele Menschen vor dem gesetzlichen Antrittsalter in Pension gehen liegt auch in der Hand der Unternehmen, die entweder keine alternsgerechten und somit gesunden Arbeitsplätze schaffen oder zu wenig Ältere beschäftigen.

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at